

991 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für soziale Angelegenheiten

über den Beschluß des Nationalrates vom 3. Juli 1973 betreffend  
ein Übereinkommen (Nr. 88) über die Organisation der Arbeitsmarkt-  
verwaltung

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation  
hat am 9. Juli 1948 das Übereinkommen (Nr. 88) über die Organisation  
der Arbeitsmarktverwaltung angenommen. Dieses Übereinkommen wurde  
auf Grund eines Antrages der Bundesregierung vom Nationalrat wegen  
des Fehlens entsprechender innerstaatlicher gesetzlicher Bestimmungen  
am 10. Mai 1950 zunächst lediglich zur Kenntnis genommen.

Da mit dem Arbeitsmarktförderungsgesetz, BGBl.Nr. 31/1969 und den  
hiezugegangenen Durchführungsvorschriften die Forderungen des Über-  
einkommens in Österreich zur Gänze erfüllt sind, soll dieses Über-  
einkommen nun auch ratifiziert werden.

Der Nationalrat hat bei der Genehmigung des vorliegenden Über-  
einkommens im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG beschlossen, daß dieser  
Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten hat die gegenständliche  
Vorlage in seiner Sitzung vom 17. Juli 1973 in Verhandlung genommen  
und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen  
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale  
Angelegenheiten somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 3. Juli 1973 betreffend  
ein Übereinkommen (Nr. 88) über die Organisation der Arbeitsmarkt-  
verwaltung, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 17. Juli 1973

S c h i p a n i  
Berichterstatter

Hella H a n z l i k  
Obmann